

# Laibacher Zeitung.

Nr. 14.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11., halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Hause halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15., halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 18. Jänner

1872.

## Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den befreiteten anderen L. f. Ministerien den Herren Oswald Hafner, Bernhard Weyler und Marcus Pollak die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Nordwestböhmische Vereinsbank“ mit dem Sitz in Eger ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat den auf eine Bezirkskommissärstelle eingereichten früheren Bezirksvorsteher Ignaz Malí zum Bezirkshauptmann zweiter Classe im Küstenlande ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Adressverhandlungen

haben am 15. d. in beiden hohen Häusern des Reichsrathes ihren Abschluß gefunden, im Herrenhause, ohne daß überhaupt eine Debatte stattgefunden hätte. Die Wiener Blätter constatiren die leichtere Thatsache, indem sie in derselben eine neuerliche Vertrauens-Manifestation des Herrenhauses erkennen und die nicht zu unterschätzende Bedeutung derselben hervorheben. „Das Herrenhaus — schreibt die „Neue Freie Presse“ — verzichtete auf jede Debatte. Es begnügte sich, durch den Mund seines Berichterstatters dem Ministerium neuerdings das volle Vertrauen auszusprechen, und nahm gemäß eines dieses Vertrauensvotum recapitulirenden Antrages des Altgrafen Salm die ganze Adresse en bloc an.“ „Das Herrenhaus — sagt die „Presse“ — zeigte durch die anstandslose Annahme des vertrauensvollen Adressentwurfs Auerspergs, daß Oberhaus und Regierung Eins Sinnes seien.“ Diese imposante Ruhe — läßt das genannte Blatt fort — wäre nicht ohne tiefschlagende Wirkung geblieben und hätte Zeugniß davon gegeben, daß das Herrenhaus ein Bollwerk gegen alle liberalistischen Bewegungen sei. „Der vom Adressausschuß des Herrenhauses vorgelegte Entwurf — schreibt die „Deutsche Zeitung“ — wurde vom Hause ohne Debatte angenommen, nachdem der Referent Graf Anton Auersperg auf die Übereinstimmung des Entwurfs mit der Thronrede und mit den vom Herrenhause jüngst vertretenen Prinzipien hingewiesen hatte. Das Haus nahm diese Auffassung an und ertheilte dem Ministerium in unzweifelhaft chevaleresken Formen ein Vertrauensvotum.“ „Das Herrenhaus — sagt die „Borsig-Blg.“ — hat durch seine Abstimmung ohne Debatte der Regierung in eclatauer Weise sein Vertrauen ausgedrückt, sio und Anderen jedoch nicht präjudiziert. Wie können das Haus dazu nur beglückwünschen.“

Was die im Abgeordnetenhouse zu Ende geführten Adressverhandlungen betrifft, so wendet sich das Interesse der Wiener Presse vorwiegend den Erklärungen zu, welche der Präsident des Polenclubs, Abgeordneter Zybiliewicz, rücksichtlich der Stellung seiner Parteigenossen zur Wahlreformangelegenheit und zur Verknüpfung derselben mit den Zugeständnissen für Galizien abgegeben hat. Daß durch diese Erklärungen die politische Situation eine wesentlich freundlichere geworden, wird ziemlich übereinstimmend constatirt. Die „R. Fr. Pr.“ hebt die gegenüber den Erklärungen des Avg. Czerlawski milder Form der Zybiliewicz'schen Rede hervor; die „Deutsche Zeitung“ findet, daß trotz der Form des Vorwurfs gegen die Verfassungspartei, in welche die obigen Erklärungen gekleidet seien, dieselben doch eine Einladung zu weiteren Verhandlungen, ein Gruss von der Rechten zu den Abgeordneten der Linken gewesen, und die „Pr.“ findet in den gestrigen Erklärungen des galizischen Abgeordneten geradezu ein Desaveu jener des Abgeordneten Czerlawski in der Samstagssitzung des Hauses der Abgeordneten.

Den Journalen, welche das Festhalten der Regierung an ihrem ursprünglichen Programme rücksichtlos billigen, schließt sich heute die „Gemeinde-Zeitung“ an. Gewichtige Redner von der Opposition — schreibt das genannte Blatt — hätten in wenigen Sätzen ein Bild der Verhältnisse hingeworfen, das die verfassungstreue Seite des Hauses darüber belehren müsse, wie bestreitigt zu sein sie vollen Grund haben würde, wenn nur erst das in der Thronrede entwickelte Regierungsprogramm

zur vollen Durchführung gelange. Der Adressentwurf gehe über das Programm der Regierung hinaus; es habe dies letztere aber den großen Vorzug, durch eine sachte, vorsichtige Verührung der Reformfragen ihrer endgültigen Behandlung nicht vorzugreifen.

### Die Adressentwürfe

der beiden Häuser des Reichsrathes werden von der liberalen Presse des In- und Auslandes beifällig besprochen. Es weht aber auch ein Zug der Einmütigkeit durch beide Adressen, welche die zwischen beiden hohen Häusern herrschende Harmonie in erfreulicher Weise constatirt; die „Tagespresse“ spinnt aber den Faden des erfreulichen Ausdruckes weiter aus, indem sie der Meinung Raum gibt, daß bei solcher Einmütigkeit von Seite beider Häuser des hohen Reichsrathes nur Eine Adresse zu überreichen wäre. Berechnen wir, wie die „Tagespresse“ ihre Ansicht begründet; selbe schreibt:

„Gerade diese Harmonie ruft in uns die Erwägung wach, ob es denn überhaupt nothwendig sei, daß jedes der beiden Häuser mit einer selbständigen Beantwortung der Thronrede hervortrete, und ob dieser Vorgang auch der staatsrechtlichen Natur der beiden parlamentarischen Körperschaften entspreche? — Für die gegenwärtige Session des Reichsrathes kommt die Förderung dieser Frage allerdings schon zu spät. Trotzdem scheint uns die Sache wichtig genug, um eine Untersuchung darüber anzustellen und die Idee der Aufmerksamkeit des Reichsrathes zu empfehlen. Der complicierte Mechanismus der parlamentarischen Maschine und der schwierige Gang, in welchem sie die gesetzgebende Arbeit verrichtet, läßt jede Vereinfachung und Ablösung der Formen, wenn sie nur dem Wesen des Constitutionalismus keinen Abbruch thut, als einen wünschenswerthen Fortschritt erscheinen. Adressdebatten geben wohl den Parteien Gelegenheit, sich gleich zum Beginne der parlamentarischen Campagne mit einander zu messen, aber sie verzögern auch, oft unnützweise, die eigentlich gesetzgebende Arbeit und entfehlern vor der Zeit den Kampf der vorhandenen Gegensätze, welche sich bei dieser Gelegenheit oft schon im Vorhinein zu unversöhnlicher Schroffheit zuspielen und dadurch das spätere versöhnliche Zusammenwirken nicht unerheblich erschweren. Um so weniger ist daher eine Verdopplung der Adressdebatte, wie sie bisher in unserm Parlamente üblich gewesen ist, zu wünschen. Die kostbarste Zeit, welche die Versammlung der Adressentwürfe, ihre Durchberathung und Vereinbarung in den Ausschüssen und sodann die Debatte bei der Vollberathung in Anspruch nimmt, könnte zu praktischerem Zwecke verwertet und mit der Berathung und Beschlagnahme dringender Gesetzesvorlagen ausgefüllt werden.“

Der Kaiser richtet die Thronrede an die „beiden Häuser des Reichsrathes“; die Ansprache des Monarchen ist für beide Häuser dieselbe, und da nach unsern Verfassungsbestimmungen das Abgeordnetenhaus nicht einmal den Finanzvorlagen gegenüber eine von der Mission des Herrenhauses wesentlich verschiedene Stellung einnimmt, so liegt für die Thronrede auch keine Veranlassung vor, aus der für beide Häuser gemeinsam geltenden allgemeinen Fassung der Ansprache herauzutreten und eines der beiden Häuser mit einer abgesonderten Kundgebung zu bedenken.

Der Kaiser und der Reichsrath — das sind die beiden Factoren der gesetzgebenden Gewalt. Das konsequente selbständige Hervortreten des Herrenhauses mit einer abgesonderten Antwort auf die kaiserliche Thronrede scheint jedoch eine Dreiteilung der legislativen Gewalt zur Voraussetzung zu nehmen, welche dem bestehenden verfassungsrechtlichen Verhältnisse keineswegs entspricht.

Die legislative Arbeit des Reichsrathes ist zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhause getheilt, dem Kaiser gegenüber aber gibt es nur einen Reichsrath. Nicht der Beschluß eines der beiden Häuser, sondern nur der durch die übereinstimmende Entscheidung beider Häuser zum legalen Ausdruck gelangte Beschluß des Reichsrathes kann dem Kaiser zur Sanction vorgelegt werden — ein Beweis, daß nur zwischen dem Reichsrath und dem Kaiser, nicht aber zwischen dem Herrenhause oder dem Abgeordnetenhaus des Reichsrathes und dem Kaiser ein verfassungsrechtliches Verhältniß in Beziehung auf Ausübung der Legislative besteht. Daraus ergibt sich aber die nothwendige Folgerung, daß auch über die Kundgebungen der Thronrede, in welchen der Kaiser dem Reichsrath den Standpunkt seiner

Inschriftsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 kr., 2 mal 90 kr., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1 m. 6 kr., 2 m. 8 kr., 3 m. 10 kr. u. s. w. Inschriftstempel jedesmal 20 kr.

Regierung darlegt und die von derselben zur verfassungsmäßigen Behandlung vorbereiteten Gesetzesvorlagen ankündigt oder für solche Gesetzesvorlagen die Initiative des Reichsrathes anspricht, nur der Reichsrath, nicht aber jedes seiner beiden Häuser für sich zu antworten hat.

Die Ansichten, welche z. B. das österreichische Herrenhaus über die in der letzten Thronrede berührte Wahlreform mittels einer abgesonderten Adresse vor den Kaiser bringt, haben für Se. Majestät gar keinen Werth, so lange nicht auch die Übereinstimmung des Abgeordnetenhauses mit diesen Ansichten zur allerh. Kenntniß gelangt, und selbst in dem Falle, als sich diese Übereinstimmung in einer abgesonderten Adresse des Abgeordnetenhauses manifestiert, bleibt doch immer die Form, in welcher beide Kundgebungen vor den Thron gelangen, eine im Grunde unconstitutionelle, weil die Übereinstimmung beider Häuser der Vorlage an den Monarchen vorhergehen soll. Aber selbst abgesehen von diesen staatsrechtlichen Bedenken, ist die Überreichung zweier abgesondter Adressen zum mindesten ein Luxus. Denn entweder stimmen die Adressen beider Häuser überein, und dann ist die Verdopplung dieser Kundgebung jedenfalls überflüssig; oder die beiden Adressen stimmen mit einander nicht überein und vertreten widersprechende oder doch verschiedene Ansichten über die Emanationen der Thronrede, und dann sind sie eben beide für den Monarchen vollkommen werthlos, weil dann einer jeden der beiden Ansichten die Bedingung fehlt, durch welche sie erst für den Kaiser unter den Gesichtspunkt einer legalen parlamentarischen Kundgebung gerückt wird. Wenn es sich bei den Adressen bloß um eine loyale Demonstration handeln würde, dann könnte der Übereichung abgesondter Adressen von Seite jedes der beiden Häuser allerdings nichts entgegen, denn zu einer Kundgebung der Loyalität ist jeder Staatsbürger und jede Körperschaft berechtigt. Die Adressen behandeln jedoch auch staatsrechtliche Fragen und sprechen sich über die in der Thronrede angekündigten Gesetzesvorlagen aus. Auf diesem Gebiete aber ist nur der Reichsrath competent, sich auszusprechen, und keines der beiden Häuser kann für sich allein die Befugniß in Anspruch nehmen, darüber mit dem constitutionellen Monarchen in Verkehr zu treten.

Es würde sich daher unserer Ansicht nach jedenfalls empfehlen, in Beziehung auf die Beantwortung der Thronrede, conform mit der in andern constitutionellen Ländern herrschenden Gesetzmäßigkeit vorzugehen und demgemäß in Zukunft von der Volkratung und Überreichung zweier abgesondter Adressen Umgang zu nehmen.

Im englischen Parlamente gehört die Volkratung einer Adresse nicht zu den regelmäßigen parlamentarischen Vorgängen. Oft verstreichen mehrere Sessionen, ohne daß sich das Parlament veranlaßt fühlt, die Thronrede zu beantworten. Im bezüglichen Falle geht die Adresse vom Hause der Gemeinen aus und der beschlossene Entwurf wird sodann dem Oberhause zur Genehmigung oder allfälligen Amendirung zugemittelt. Auf dieselbe Weise verfährt man in unserer nächsten constitutionellen Nachbarschaft jenseits der Leitha.

Der deutsche Reichstag hat in seiner vor kurzem beendigten zweiten Session von der Volkratung einer Adresse ganz Umgang genommen, und nur bei uns vergeht seine Session, ohne daß beide Häuser in Adressen ihr politisches Glaubensbekenntniß vor den Thron bringen. Gerade bei uns aber wäre folgende Inangriffnahme der eigentlichen Arbeiten ganz besonders angezeigt, da wir durchaus keine Zeit zu verlieren haben und nicht Worte, sondern Thaten brauchen. Die diesmalige Eröffnung des Reichsrathes bezeichnet allerdings einen Wendepunkt in unserem staatlichen Leben, und ein so bedeutungsvoller Moment mag immerhin eine eingehende Erwiderung des Parlamentes auf die feierliche Ansprache des Kaisers rechtfertigen; aber die Tautologie zweier Adressen, welche mit anderen Worten dasselbe aussprechen, möge in Zukunft durch eine gemeinsame Kundgebung des Reichsrathes vermieden werden.“

### 2. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 15. Jänner.

(Schluß.)

Unter dem Einlaufe befindet sich die Mittheilung des Ministers des Innern, daß der Gesetzeswurf, wodurch der Anhang zur Landesordnung der Markgrafschaft Mähren in Bezug auf den Umfang der Gebiete der Städte und Landgemeinden, für welche die Wahl in das Abgeordnetenhaus abgeändert wird, die Allerhöchste

Sanction erhalten habe. Die gleiche Anzeige macht der Finanzminister bezüglich des Gesetzentwurfs, betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1872. Desgleichen übermittelte der Finanzminister den Gesetzentwurf mit dem Staatsvoranschlag für das Jahr 1872.

In die Budgetcommission werden gewählt: Ritter v. Arndt, Freiherr v. Burg, Freiherr v. Doblhoff, Graf Hartig, Freiherr v. Hye, Fürst Jablonowski, Graf Mercandin, Ritter v. Miklosich, Dr. Neumann, Ritter v. Pipiz, Freiherr v. Ritter, Freiherr v. Rothschild, Fürst Schönburg, Graf Wickenburg, Ritter v. Winterstein, Graf Wodra jun., Freiherr v. Wällerstorff, Graf Vodron, Freiherr v. Wiertens, Graf Rechberg und Graf Falkenhayn; in die Fideicommisscommission: Freiherr v. Apfaltzern, Fürst Schönburg, Fürst Starhemberg, Fürst Schwarzenberg, Freiherr v. Härndl, Graf Octavian Kinsky, Graf Vodron, Fürst Paar, Freiherr v. Prato-bevera.

Nächste Sitzung unbestimmt.

#### 4. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 15. Jänner.

(Schluß.)

Abg. Dr. Polkular erklärt, ermächtigt zu sein, im Namen seiner Gesinnungsgenossen auf der rechten Seite des h. Hauses zu erklären, daß sie, gestützt auf die natürliche Gerechtigkeit der Gleichstellung aller Völker und Länder der österreichischen Monarchie, für das von den polnischen Abgeordneten gestellte Amendement nur mit dem Vorbehale stimmen werden, daß gleichmäßig auch den übrigen Völkern und Ländern mit Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse derselben die ihrer nationalen und historischen Eigenheit entsprechenden Rechte eingeräumt werden. (Bewegung links.)

Abg. Fuks verzichtet, dem gegenwärtigen Ministerium das vollste Vertrauen entgegenzubringen, weil dasselbe der aufrichtigen und beharrlichen Durchführung der Verfassung seine ganze Kraft zu weihen gewillt sei. Was den galizischen Ausgleich betrifft, so könne derselbe nicht vor der Wahlreform zum Abschluß gebracht werden. Und was den Inhalt dieses Ausgleiches, das Maß der Zugeständnisse betrifft, so werden Sie es begreiflich und billig finden, daß wir von dem großösterreichischen Standpunkte die größte Vorsicht in Anwendung bringen müssen.

Abg. Greuter motiviert seine Prager Reise.

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, muß ich überhaupt die Redner des Hauses auf eine Bestimmung in der Geschäftsausordnung aufmerksam machen. § 47 sagt in seinem vierten Absatz (liest): „Das Wort ist von der Rednerbühne an die Versammlung, vom Platze aus stets an den Präsidenten zu richten.“ Es ist daher jede Apostrophirung der Mitglieder der Versammlung oder der Versammlung als solcher nach der Geschäftsausordnung nicht zulässig.

Abg. Dr. Mendel erwiedert einem Vorredner, daß es sich heute um nichts Anderes handelt als um die principielle Feststellung der wechselseitigen Geneigtheit zu einer Verständigung. Es wird gefragt: „Was für eine wichtige Concession wird von uns Galizianern begehr?“ Ja, meiner Ansicht nach — diese Concession, nämlich das Eintreten in die directen Wahlen, kostet Sie gar nichts. Die directe Wahl wollen wir überall und überall für unseren österreichischen Staat, für die Consolidirung der Verfassung, in Galizien, bei uns und überall.

Abg. Wolfrum erwiedert dem Abg. Greuter unter anderem: Wir brachten den ungarischen Ausgleich zu Stande, weil wir die andere Reichshälfte nicht so schädigen lassen konnten. Es sollten wieder Thatsachen geschaffen werden, und die Fundamentalartikel hier auf dem Tische des Hauses zur Annahme vorlegen heißt so viel, als das Grab der Verfassung.

Abg. Dr. Russ bemerkte unter anderem: Es ist schwierig, dem Herrn Abgeordneten aus Tirol zu antworten, weil er es zur Regel werden läßt, dem Hause einiges Unangenehme zu sagen und dann den Saal zu verlassen, bevor man in der Lage ist ihm zu antworten.

Die Debatte über den Absatz 9 wird geschlossen.

Berichterstatter Dr. Herbst widerlegt die Ausschauungen der Abg. Greuter und Polkular und schließt, wie folgt:

Ich kann daher im Namen des Ausschusses nur die unveränderte Annahme des 9. Absatzes dieses Adressentwurfs aufs wärmste empfehlen, und zwar schon deshalb aufs wärmste, weil nicht genug betont werden kann, daß die Abgeordneten denn doch nicht blos zu verhandeln berechtigt, Preise anzubieten und entgegenzunehmen berufen sind, daß die Abgeordneten vielmehr berufen sind, die Stimmung der Bevölkerung, die sie gewählt hat, offen zu vertreten, und da kann ich der Überzeugung Ausdruck geben, daß wenigstens die Bevölkerung, die uns aus Böhmen durch directe Wahlen in den Reichsrath entsendet hat, von uns jetzt mit aller Bestimmtheit erwartet, daß wir zu keiner Aenderung der Verfassung, die blos zu Gunsten eines einzelnen Landes gereichen würde, insolange unsere Zustimmung geben, als nicht dasjenige, was das wahre Bedürfnis für das Reich im Ganzen ist und was unseren Wählern so sehr am Herzen liegt, befriedigt wird und daher von uns

als Antrag eingebracht wird. (Beifall links.) Bei der Abstimmung wurden Alinea 9 und 10 ohne Debatte angenommen.

Zu Alinea 11 beantragt Abg. Dr. Czerlowski, daß der Absatz von den Worten „Die sorgsame Pflicht des öffentlichen Unterrichts“ bis „Aufmerksamkeit binden“ einer getrennten Abstimmung unterworfen werde. Dieser Antrag wird angenommen und hierauf beide Theile dieses Alinea gleichfalls zum Beschlus erhoben.

Zu Alinea 12 stellt Abg. Brandstetter die Frage: Warum diese Zeilen: „Die Rechte der Staatsgewalt gegenüber der Kirche zu schirmen und Missbräuchen des kirchlichen Einflusses zu steuern“ beigefügt werden mußten?

Ich glaube, unsere Tagesliteratur, die Erfahrungen bei den Wahlen, ja der tägliche Kirchengang könnten uns beweisen, daß etwas Aehnliches nothwendig sei.

Wann hat man in diesem hohen Hause gesehen, daß um dieses Symbol, das uns als unantastbar gilt, ein Kampf heraufbeschworen worden wäre, daß es sich vor allem gerade darum handle, dieses Kreuz von der Krone herabzunehmen, daß es gerade die Kirche wäre, die die schirmende Hand darüber erhebt? Ich glaube, die Kirche würde bei diesem Schirme den Krummstab nicht ruhen lassen wollen.

Und in unserem Interesse liegt es wesentlich, daß das Kreuz das Höchste sei und nicht der Krummstab über dem Kreuze.

Ich glaube, es sei klug, wenn man in vielen Beziehungen und vielleicht in allen die Methode Deutschlands und auch den Standpunkt, auf welchem die legale Vertretung dieses Staates vor kurzem gestanden hat, sich aneignen würde. Denn es hat dieser Staat zum Schutze seiner Existenz ein Gesetz beschlossen, welchem eben der Schlußatz dieses Alinea entspricht.

Zu Alinea 13 bemerkte Abg. Dr. v. Mendel: Was die Stagnation auf dem Gebiete der Justizgesetzgebung betrifft, so erlaube ich mir anzuführen, daß bereits im Jahre 1867 zwei Commissionen zur Ausarbeitung eines Strafgesetzes und einer Strafprozeßordnung, und zwar als perpetuelle Commissionen gewählt worden sind.

Die Arbeiten, obwohl sie von allen möglichen Fachmännern auch außerhalb dieses h. Hauses als gut befürwortet worden sind, liegen als schätzbares Material vor.

Was die zweite Klage in Bezug auf das Stillstehen der Steuerreform anbelangt, so stehe ich auch diesfalls vollkommen auf dem Standpunkte des Ausschusses. Unser Steuersystem ist ganz irrational, es widerspricht den modernen Anforderungen der Staatswirtschaft und der Volkswirtschaft.

Abg. Dr. Zyblikiewicz: Sämtliche Herren Redner haben darauf den Accent gelegt, daß, falls Galizien irgend welche Concessions für sich verlangt, es zu einem Gegenpreis bereit sein müsse.

Ich acceptiere den Grundsatz. Sie verlangen von uns die Zustimmung zur Einführung directer Wahlen, das ist der ganze Preis, sonst nichts mehr. Aber Sie verlangen auch den Preis ganz und gar, die bare Auszahlung desselben, heute, in der nämlichen Stunde. Was bieten Sie uns dafür? Eine Phrase, die jeder möglichen Deutung fähig ist!

Was die directen Wahlen betrifft, ist das Volkwerk der Minoritäten das Gesetz, nämlich die Revision der Februarverfassung, wo dieses Recht den Landtagen unbestritten zugesprochen, dem Reichsrath abgesprochen wurde. Hinter dieses Volkwerk muß sich jede Minorität verschließen, wenigstens insolange, als Sie uns so wenig bieten und nicht einmal sagen, was Sie uns bieten, oder so lange Sie uns mit bloßen Phrasen abhunnen wollen.

Wenn es gelingt, den verfassungsmäßigen Rechtszustand zu festigen, wenn er geschützt wird durch directe Wahlen und wenn jene Maßregeln getroffen werden, die geeignet sind, die Rechte der Staatsgewalt gegenüber der Kirche zu schirmen und Missbräuchen des kirchlichen Einflusses zu steuern, und wenn Sie, meine Herren, dann fest ins Auge fassen, daß man vor allem anderen die Nährkraft gehoben haben muß, ehe man zur neuerslichen Hebung und Stärkung der Wehrkraft schreiten kann, dann meine Herren, ich sage aber auch nur dann, wird die Regierung und Reichsrath sich die Möglichkeit schaffen können, große und durchgreifende Reformen im Interesse des materiellen Wohles der Steuerträger zur Geltung zu bringen.

Alinea 13, 14, 15, 16 werden hierauf angenommen.

Bei Alinea 17 beantragt Dr. v. Czerlowski die getrennte Abstimmung über den ersten Theil dieses Absatzes von den Worten: „zu den nothwendigen Auslagen“ bis „die Hand bietet.“ Dieser Antrag so wie beide Absätze des Alinea 17, früher Alinea 18, wird ohne Debatte angenommen. Zu Alinea 19 ergreift das Wort

Abg. Dr. Blischfeld: In dem eben verlesenen Absatz des Adressentwurfs ist im Allgemeinen von den auswärtigen Beziehungen Österreichs die Rede, ohne daß des deutschen Reiches auch nur mit einem Worte Erwähnung geschieht. Und dennoch müssen wir uns dessen erinnern, daß wir die aufrichtige Umkehr zu dem verfassungsmäßigen Zustande, den wir jetzt alle so freudig begrüßt haben, vornehmlich den Sympathien verdanken,

die uns das deutsche Reich in der größten Höhe des Kampfes zugewendet hat.

Ja, ich erkläre denjenigen für den größten Feind Österreichs, der unserer Regierung eine Politik antragen würde, die irgendwie gegen das deutsche Volk oder Reich feindselig wäre.

In Deutschland denkt Niemand an eine aggressive Politik gegen Österreich und in Österreich ebenso wenig. Alle Stimmen Deutschlands laufen in einem Punkte zusammen, daß nämlich ein Allianzvertrag zwischen Österreich und Deutschland angestrebt werde. Wenn aber die allgemeine Weltlage es erfordert, daß Österreich zu Deutschland halte, so dachte ich mir, wäre es die Verpflichtung eines österreichischen Volksvertreters, wenigstens an dieses Verhältniß, an die Nothwendigkeit dieses Verhältnisses zu mahnen. Österreich mit Deutschland vereint geht einer glorreichen Zukunft entgegen. Österreich aber als Deutschlands Feind wäre unfehlbar dem Untergange preisgegeben.

Alinea 19, 20 und der Absatz der Adresse werden hierauf angenommen; über Antrag des Berichterstatters gelangt hierauf der Adressentwurf zur dritten Lesung und wird in derselben einstimmig angenommen, ferner beschlossen, daß das Präsidium des Abgeordnetenhauses erachtet wird, die Adresse im Weg des Ministerrothspräsidiums an Se. Majestät gelangen zu lassen.

Nächste Sitzung findet Mittwoch Vormittags um 11 Uhr statt.

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. d. lautet:

1. Erste Lesung des Antrages Dr. Herbst und Ge-  
nossen betreffend die Wahl eines Verfassungsausschusses.

2. Erste Lesung des Antrages des Abg. Dr. Zybli-  
kiewicz und Genossen betreffend den vom galizischen Land-  
tag gesuchten Beschlus.

3. Wahl von vier Mitgliedern und zwei Er-  
mächtigten in die Staatschulden-Controlcommission.

4. Wahl eines Ausschusses von neun Mitgliedern  
zur Vorbereitung der Regierungsvorlage betreffend den  
Gesetzentwurf über die Erneuerung der Hypothekar-In-  
scriptionen, sowie die Anmeldung und Umgestaltung von  
Hypotheken in Dalmatien.

5. Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend  
die Handhabung der Disciplinargewalt über Advocatur-  
Candidaten.

6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Aus-  
hebung des Recutentcontingentes pro 1872.

7. Zweite Lesung der Regierungsvorlage betreffend  
den Telegraphenvertrag zwischen Österreich-Ungarn und  
Deutschland. Endlich

8. Bericht des Wahlsprüfungsausschusses.

#### Politische Uebersicht.

Laibach, 17. Jänner.

Die Sectionen des ungarischen Abgeordnetenhauses haben am 15. d. über die Gesetzentwürfe, betreffend die provisorische Deckung der Administrationskosten für die Municipien, über die Militärgrenz-Quote zu den gemeinsamen Angelegenheiten, über das Militär-Contingent für 1872, die Vermehrung der Honved-Bataillone und die Systemisierung des Militär-Contingents auf Grundlage der Volkszählung vom Jahre 1869 berathen; der Centralausschuß hielt am 16. d. Vormittags Sitzung.

Das Landtags-Einbrungsrescript an den Banus von Croatiens lautet: „Indem Wir euren Antrag betreffend die Einberufung des Landtages der Königreiche Croatiens, Slavoniens und Dalmatiens für den 1. Juni 1871 in Unsere Landeshauptstadt Agram genehmigen, ermächtigen Wir euch, nach Verlesung Unseres beiliegenden, an den Landtag der genannten Königreiche gerichteten Rescriptes, diesen Landtag in Unserem Namen als eröffnet zu erklären. Im Übrigen verbleiben Wir euch mit Unserer kaiserlichen und königlichen Huld und Gnade wohlgewogen. Gegeben am 31ten März 1871.“

Das Eröffnungsrescript an den croatisch-slavonischen Landtag lautet: „Nachdem Wir den für das Jahr 1868/70 einberufenen Landtag der Königreiche Croatiens, Slavoniens und Dalmatiens am 8. Jänner 1871, als dem Tage des Abschlusses seiner dreijährigen Legislaturperiode, durch Unseren Stellvertreter geschlossen hatten, haben Wir Uns bewogen gefunden, im Sinne des Gesetzes vom Jahre 1870 den croatisch-slavonisch-dalmatinischen Landtag für den 1. Juni 1871 in die Landeshauptstadt Agram einzuberufen, und erklären hiermit diesen Landtag für eröffnet. Im Übrigen verbleiben Wir euch mit Unserer kaiserlichen und königlichen Huld und Gnade wohlgewogen. Gegeben den 31. März 1871.“

Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien beginnen in Agram am 17. d. M. Graf Pejačevich hat einen neuen Fusionsplan ausgearbeitet, welchem ein Theil der Nationalen zustimmt. Die Sache wird in einem bis zwei Tagen entschieden werden.

Der Rücktritt des preußischen Cultusministers Herrn v. Mühlner nimmt in Berlin derzeit alles politische Interesse in Anspruch. Der abtretende Minister hatte geglaubt, sich durch nachträgliche Zustimmung zu den liberalen Bestimmungen des Schulaus-

sichts-Gesetzentwurfs noch halten zu können, sah sich aber, wie die „Breslauer Zeitung“ berichtet, nach den darüber abgehaltenen Ministrerrathssitzungen der letzten Woche in dieser Meinung getäuscht. Sein Nachfolger ist der geheime Oberjustizrat Dr. Falck. Die „Deutsche Reichs-correspondenz“ schreibt über Letzteren: „Diese Ernennung wird in liberalen Kreisen große Befriedigung hervorrufen. Dr. Falck hat in seiner Thätigkeit als Bundescommissär sich nicht nur den Ruf eines ausgezeichneten Juristen, sondern auch die Liebe und Achtung aller Abgeordneten erworben; welche mit ihm seither in Beziehung gekommen sind.“

In der am 15. d. stattgefundenen Sitzung des Abgeordnetenhauses in Berlin wurde der Etat für das Ministerium des Neuherrn angenommen. Fürst Bismarck betonte die Notwendigkeit der Beibehaltung der preußischen Gesandten an den deutschen Höfen; dieselben hätten die wichtige Aufgabe, die Stimmung der Bundesregierungen gegenüber den im Bundesrath beauftragten Maßregeln zu erforschen und etwaigen Mißstimmungen gegen dieselben zu begegnen.

Der „Temps“ meldet: Angefischt der Drohung Preußens, eine Conurrenzlinie längs der Mosel zu bauen, mußte sich die Luxemburger Regierung bequemen, ihre Eisenbahnen einer deutschen Gesellschaft anzubauen und derselben ein Minimal-Ergebnis zu garantieren.

Graf Apponyi wird demnächst in Paris erwartet. — Die erste Zahlung von 80 Millionen an Preußen wird Samstag erfolgen. — Die Militärcormissionen, welche mit der Prüfung der Gefangeneneuacaten beschäftigt sind, arbeiten thätig fort. Die Gefangenen wurden in drei Kategorien getheilt. Alle einfachen Soldaten, die keine gemeinen Verbrechen und Vergehen begangen haben, werden allmälig in Freiheit gesetzt. Die Unteroffiziere werden unter denselben Verhältnissen in Freiheit gesetzt, bleiben jedoch unter polizeilicher Überwachung. Offiziere und Andere, die gemeine Verbrechen und Vergehen begangen haben, werden vom Kriegsgerichte abgeurtheilt werden. Man versichert, Alles werde in drei Monaten beendigt sein. — Die „Deutsche Zeitung“ meldet: „Die Abstimmungen der Armee bei den letzten Wahlen in Frankreich haben, so weit sie bis jetzt bekannt sind, dargethan, daß nicht, wie man vielfach behauptet wollte, das bonapartistische oder orleanistische, sondern das radical-republikanische Element die meisten Anhänger unter den Truppen zählt.“

Die französische Clerus organisiert in unbegreiflicher Weise seinen Krieg gegen die Unterrichtsreform. Dem Protest der normannischen und bretonischen Bischöfe schließt sich ein hoher Prälat nach dem andern an und die niedere Geistlichkeit versäumt nicht, unter den Laien Unterschriften zu werben. Wenn man hiezu die offenkundigen Gesinnungen der Kammermajorität rechnet, so kann man sich wohl fragen, wie viel von der Reform übrig bleiben wird.

Der „Moniteur Universel“ veröffentlicht einen Aufruf zur Sammlung von Gaben in Frankreich befußt Deckung der Kriegsentschädigung. Der Moniteur beruft sich auf das Beispiel der Elsässer Damen und meint, die Sammlung werde gewiß ein günstiges Ergebnis haben; er erinnert hiebei an die großartigen Kirchenbauten vergangener Jahrhunderte, die auch nur durch öffentliche Sammlungen möglich geworden sind. Wenn von den 40 Millionen Einwohnern Frankreichs nur 20 Millionen täglich einen Sou zurücklegen, so gäbe das im Jahre 360 Millionen. Der Moniteur verspricht, die Namen der Subscribers in eigenen Listen zu veröffentlichen, die dann das goldene Buch des französischen Patriotismus bilden werden. Wie aus einem heutigen Pariser Telegramme zu ersehen ist, hat der Gedanke, einen Theil der Kriegsentschädigung durch öffentliche Sammlungen zu decken, eine sehr vortheilhafte Aufnahme gefunden.

Mehrere italienische Journale tadeln die von Frankreich beabsichtigte Einführung einer Steuer auf ausländische Wertpapiere. Das Journal „Nuova Roma“ sagt, daß mehrere durch Sella zusammenberufene Parlamentsmitglieder sich dahin ausgesprochen haben, daß das französische Project, welches die italienische Regierung für die Steuer auf italienische Wertpapiere verantwortlich macht, nicht annehmbar sei.

Im italienischen Ministerium ist ein großer Zwiespalt über die Frage entstanden, wann die Kammer neu einberufen werden soll. Lanza war dafür, dieselbe bis zum März hinauszuschieben, was man sehr gut damit rechtfertigen könnte, daß die Arbeiten in Monte Citorio nicht fertig würden. Einige der anderen Minister meinten dagegen, die Einberufung müsse unverzüglich stattfinden, eine Ansicht, die besonders von Sella vertreten wurde. Noch ist die letzte Entscheidung nicht getroffen. — Die Delegirten des Telegraphen-Congresses haben am 15. d. in Rom in Gegenwart des Ministers des Neuherrn, Visconti-Benostia, die internationale Telegraphen-Convention unterzeichnet. Der Telegraphen-Congress wurde geschlossen. — Der österreichische Gesandte Graf Wimpffen wird am 17. d. in Rom erwartet.

Der Kriegsminister legte der italienischen Deputirtenkammer Gesetzentwürfe betreffs der Militär-Territorial-Einteilung und der Armeeorganisation,

der Marineminister einen Organisationsentwurf bezüglich der Marine-Offiziere vor. Die Kammer beginnt sodann die Berathung des Einnahmen-Budgets für 1872.

Am 13. d. M., am griechischen Neujahrstage, war großer Empfang bei Hofe in Belgrad. Im Namen des Consular Corps richtete der österreichisch-ungarische diplomatische Agent als Doyen die Glückwünsche an den Fürsten Milan, welcher dieselben in liebenswürdiger Weise erwiederte.

Es ist in der That eine ganz neue Arbeit, welche die Regierungsmaschine in Constantinopel seit dem Amtsantritt des neuen Großveziers auf dem Gebiete der Beamtenreform liefert. Während zu Alts Zeiten ein kleiner Zwischenfall bald mit Egypten, bald mit den Donauprähtern den hiesigen Blättern Stoff liefern mußte, während die auswärtigen Blätter in langen Artikeln über die Beziehungen der Türkei zu den Großmächten sprachen, dreht sich gegenwärtig alles Interesse um interne und Verwaltungsgangelegenheiten. Die Reformen auf dem Gebiete der Rechtspflege finden vorläufig ihren Abschluß damit, daß der Großvezier in eigener Person der Eröffnungssitzung des neugeschaffenen Gerichtshofes von Pera beiwohnen wird.

Aus Constantinopel berichtet die „Independent“ von verschiedenen Veränderungen im auswärtigen diplomatischen Dienste des türkischen Reichs. Djemil Pascha werde Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Khalil Pascha (oder auch Kabyl Bey gehießen), der sehr viele Sympathien für Frankreich habe, werde dessen Nachfolger in Paris werden. Photiades Bey, gegenwärtig Gesandter in Rom, solle dafür nach Wien versetzt werden und an Stelle des Gesandten in St. Petersburg. Rustem Bey, werde Servet Pascha treten.

## Tagesneuigkeiten.

— Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Stiftungsfonds der „Kaiser-Franz-Joseph-Stiftung zur Versorgung von f. und l. Offiziers-Witwen und Waisen“ einen Betrag von 2000 fl. allernächst zu spenden geruht.

— (Die Wiedergenugung des Prinzen von Wales) ist in ein neues und sehr wichtiges Stadium getreten. Er war nämlich am Montag den 8. d. zum ersten male im Stande, das Zimmer auf einige Stunden zu verlassen. Dr. Gull, dessen beständiges Verweilen in der Umgebung des Prinzen durch dessen forschirende Befahrung unnötig geworden ist, hat Sandringham verlassen und wird dahin nicht vor Sonnabend zurückkehren, um das nächste der Bulletins auszugeben, die von nun an nur noch wöchentlich erscheinen und in Kurzem vielleicht gänzlich entbehrlidh sein werden.

— (Grillparzer) befindet sich seit einigen Tagen unwohl und mußte sich auf Anordnung des Arztes das Bergnügen versagen, die am 15. d. zu seinem 81. Geburtstage zahlreich zur Gratulation eintreffenden Freunde und Verehrer zu empfangen.

— (Die königlich ungarische Kronwache) wird seit dem 1. Jänner aus den Reihen der Honved-Armee rekrutirt. Das Reichskriegsministerium hat die Löschung dieses Corps aus dem Verbande der gemeinsamen Armee angeordnet und befohlen, daß dessen sämmtliche Rechnungen durch die f. und l. Oberintendanten der Honved-Intendanten zugestellt werden.

— (Das ungarische Ministerium) hat die Absicht, in jedem Comitate ein Correctionshaus für junge Verbrecher und arbeitscheue Individuen zu errichten.

— (Bur Pferde zu zücht.) In Oesterreich sind nach der Zählung vom 31. December 1869 im Ganzen 1.365.913 Pferde vorhanden, darunter 165.939 Fohlen. Die Pferde, welche Se. Exc. der österr. Generalstallmeister Graf Rozadowksi in der Normandie angekauft hat, sind vorläufig in Stadel bei Wien eingestellt, bis die nötige Mannschaft aus den verschiedenen Gestalten eingetroffen ist, welchen diese edlen Thiere zugewiesen sind. Kenner rühmen die glückliche Auswahl.

— (Geschichte des österreichischen Rechnungswesens.) Statthaltereirath Herr Calasanz Lichtenegel in Graz soll auf Anregung mehrerer hochgestellten Staatsbeamten und insbesondere in Folge Aufforderung des Präsidenten am obersten Rechnungshofe, Grafen v. Mercandin, an der Herausgabe eines für Männer vom Fach jedenfalls interessanten beachtenswerthen Werkes, einer „Geschichte des österreichischen Rechnungs- und Controlwesens“ arbeiten. Da es bis jetzt an jeder authentischen Nachricht über das Entstehen, die Entwicklung und den Ausbau des einzige in seiner Art stehenden österreichischen Rechnungs- und Controlsystems mangelt, so dürfte die genannte Arbeit immerhin von Interesse sein.

— (Eisenbahunfall.) Bei der Station Pegau (Steiermark) fand am 14. d. ein Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und Postzuge statt; letzterer wurde stark beschädigt, von dem Personale und den Passagieren jedoch Niemand verletzt.

— (Die Draubrücke bei Unterdrauburg) in Kärnten ist durch Tiebeis zerstört worden. Den Verkehr von Kärnten nach Steiermark vermittelte nun die bestehende Ueberfahrt mit Seilschiff.

— (Jackson Haines auf dem Hilmersee.) Die eisportfreudlichen Grazer hatten vorgestern Gelegenheit, den europäisch berühmten Schlittschuhläufer Herrn

Jackson Haines bei der Arbeit zu sehen. Er tanzte nach dem Takte der frisch aufspielenden Regimentskapelle „Erzherzog Leopold“ mit so wunderbarer Grazie auf seinem eigentlichem Elemente, dem Eis, daß er die vollste Bewunderung der aus den vornehmsten Kreisen von Graz sich retrutirenden Zuschauerwelt erregte. Jackson Haines ist übrigens eine anerkannte Berühmtheit und leistet mit den eisenbewehrten Beinen etwa das, was Rubinstein und Böllow mit den Händen vollbringen. Seine zierliche Gestalt schillert in der Brustgegend von zahllosen Auszeichnungen ganz fremdartiger Gestalt. Die eine erhielt er vom König Carl XV. von Schweden für den Eislaufstan in der Oper „Der Prophet.“ Die übrigen seine Brust zierenden Medaillen von Gold und Brillanten röhren von den Eislaufvereinen der Städte Petersburg, Kronstadt, Moskau, Christiania, Chicago, Detroit, Wien, Prag und Pest her, und ein Brillantring an seinem Finger ist das Ehrengeschenk des Czaren. Seine vorgestrige Production auf dem Hilmersee verdiente nicht minder eine Auszeichnung, aber da die Grazer einen Eislaufverein gar nicht haben, so mußte sich Herr Haines schon mit der Bewunderung zufrieden geben, die ihm denn auch im vollsten Maße zu Theil wurde.

— (Ein Kind von schwerem Kaliber.) Im Gasthause zum „weichen Schiff“ in Pest ist ein Kind zu sehen, das ein Jahr alt ist und schon einen Zentner wiegt. Das Kind ist in Sar-Sz-Milos im Weizenburger Comitate geboren; der Eintrittspreis, der blos ein geringer ist, wird zu Gunsten der evangelischen Kirche des Geburtsortes dieses Kindes verwendet.

— (Concurs-Prozeß) der sächsischen Hypotheken-Bank zu Leipzig. Nach einer Mitteilung des f. sächsischen Justizministeriums ist am 3. November 1871 von dem f. sächsischen Gerichtsamt im Bezirksgerichte Leipzig über das Vermögen der unter der Firma „Sächsische Hypothekenbank zu Leipzig“ in Leipzig bestandenen Actiengesellschaft der Concursprozeß eröffnet und in diesem der 17. Februar 1872 als Endtermin für die Anmeldung der Ansprüche gegen die Gesellschaft festgesetzt worden. Da die Concursgläubiger hauptsächlich in den Inhabern der von der genannten Gesellschaft emittirten, dermalen in dem Betrage von 7.783.080 Rth. noch im Umlauf befindlichen Pfandbriefe bestehen, und diese Pfandbriefe in den deutschen und österr.-ungarischen Staaten sehr verbreitet sein sollen, so wird dies hiemit zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerkung gebracht: 1. daß die Anmeldung der Pfandbriefe möglichst bald und spätestens am Tage des Anmeldungstermines, den 17. Februar 1872, bei dem Concursgericht zu erfolgen hat; 2. daß eine nachträgliche Anmeldung nach f. sächsischen Gesetzen unstatthaft und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine Verjährnis ausgeschlossen ist; 3. daß bei unterlassener oder auch nur verspäteter Anmeldung die Inhaber von Pfandbriefen aller ihrer Rechte an die Concursmasse verlustig gehen; 4. daß der Anmeldung die Pfandbriefe im Original beizufügen sind, so wie 5. daß alle diejenigen, welche sich als Inhaber von Pfandbriefen anmelden, in Leipzig einen Bevollmächtigten zu bestellen haben, und daß es sich empfiehlt, zur Anmeldung der Ansprüche und sonstigen Wahrung der Rechte sich eines dortigen Rechtsanwaltes zu bedienen.

— (Die Auswanderung aus Deutschland) nahm im Jahre 1871 wieder einen bedeutendem Aufschwung gegen das zweite Halbjahr 1870. Im Ganzen wurden Auswanderer befördert: über Bremen 46.763 gegen 59.575 im Jahre 1870. Über Hamburg wanderten im Jahre 1871 im Ganzen 42.067 aus, wovon 38.425 nach den Vereinigten Staaten, 1168 nach Brasilien, 1906 nach Australien. Über diese beiden Häfen allein haben also wiederum 85.188 Deutsche ihr Vaterland verlassen.

— (Eine Totenstadt.) Durch Ausgrabungen bei Bologna ist eine ganze Totenstadt bloßgelegt. Man hat nicht weniger als 365 alte Gräber geöffnet, in denen sich viele Reliefsarbeiten, Vasen, Eimer von Bronze, Schalen und Leuchter befanden. Vasen sind mehr als 800 zum Vorschein gelommen. Sehr zahlreich sind auch die weiblichen Schmuckstücke, Armbänder aus Bronze, Fingerringe von Bernstein und Gold, Perlengänge, Halsbänder von Bernstein und Ohrringe aus Gold. Was die Zeit betrifft, in welcher diese Gräber ihre Toten aufgenommen haben, so läßt sich nur behaupten, daß sie hinter das 3. Jahrhundert v. Chr. zurückgehen muß.

## Locales.

— (Dem Kranken-Unterstützung- und Beerdigungsverein der freiwilligen Feuerwehr) sind folgende freiwillige Spenden zugelassen: vom Herrn Anton Samossa 30 fl., Herrn Josef Tributsch 4 fl., einem Unbenanntseinwohner 5 fl. 25 fr.

— (Faschings-Chronik.) In allen Familienkreisen sind die zarten Damenhände mit den Toiletten-Vorbereitungen für das am nächsten Sonntag (21.) stattfindende Bürgerkränzchen und für das am letzten Bürgerkränzchen projectirte großartige Maskefest bereits vollauf beschäftigt. Die Lose zur großen Gewinnstverlosung, welche Sonntag den 21. Jänner beim Bürgerkränzchen auf der Schießstätte abgehalten wird, werden, wie vorausichtlich, bald vergriffen sein, welcher Umstand wohl nur den vielen und reichen Gewinnst zu zuzuschreiben ist. Auch wir hatten Gelegenheit, die zur Verlosung bestimmten Gewinne zu besichtigen und waren ganz überrascht, eine so

große und reiche Auswahl zu finden, ja es ist bei dem geringen Preise der Lose (10 kr.) kaum denkbar, daß so viele und so wertvolle Gegenstände angeschafft werden könnten. Wenn wir verrathen wollten, könnten wir von prachtvollen Tafelservicen, Teppichen, Theeservicen, Leuchtern, Uhren &c. &c. erzählen, doch wir wollen den Lesern die Überraschung nicht rauben, sondern denselben nur rathe, die Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, die einem um 10 kr. die schönsten Gewinne in Aussicht stellt. Lose sind noch zu haben in den Handlungen der Herren Gerber, Karlinger, Popovic, Bischko & Till und Kleinmayer & Bamberg. — Weiter steht uns ein Feuerwehr-Kräntzchen in Aussicht; dasselbe wird am 2ten Februar im Casino-Glassalon und in den anstossenden Lokalitäten stattfinden. Das Comité ist eifrigst bemüht, in decorative Verziehung sowohl, als auch in Bezug auf Unterhaltung überhaupt, dieses Kränzchen zu einem recht gemütlichen zu gestalten.

(Banket.) Für das übl. Officierscorps des f. f. 79. L. J. R. dürfte die Mittheilung von Interesse sein, daß Se. Exc. der commandirende General in Ungarn, Feldzeugmeister Graf Huny, am 15. d. Abends der Generalität und sämmtlichen in Pest-Oszen befindlichen Stabsoffizieren der gemeinsamen Armee und der Honvéd-schaft ein glänzendes Banket im Prachtsaal des Grand Hotel „Hungaria“ gegeben hat.

(Hufbeschlagschulen.) Dem Vernehmen nach wurde die provisorische Errichtung von zehn Hufbeschlagschulen für Soldaten angeordnet, welche noch im Jänner in Brünn, Olmütz, Prag, Lemberg, Graz, Laibach, Pest, Komorn, Temesvar und Hermannstadt ins Leben treten sollen. Die Frequentanten dieser auf einen halbjährigen Kurs anberaumten und von einem Militär-thierarzte geleiteten Schulen sollen nach abgelegter guter Prüfung das Recht erlangen, in allen Ländern der Monarchie das Hufschmiedehandwerk auszuüben, müssen jedoch gelernte Schmiede sein.

(Aus dem Amtsblatt.) Kundmachung wegen Wiederbesetzung des exindirten f. f. Tabak-Berlages zu Stein.

(Theaterbericht.) Gestern wurde wegen Erkrankung des Herrn Schlesinger anstatt „die schöne Pumia“ „Das Pensionat“ gegeben. Das von den Fräulein Bichon, Eberhardt, Zell und Weber gesungene Quartett wurde wieder mit großem Beifall bedacht. — Das hierauf folgende einactige Charakterbild „Ein Autographensammler“ von Schütz wurde von Fr. Krägel (Ilda), den Herren Traut (Morennpi) und Radler (Ehrenfried) recht nett aufgeführt und wurden am Schlusse genannte Darsteller beifällig gerufen. Das Sujet ist pikant: Ein ungarischer Edelmann ist voll aufrichtiger Liebe für eine Sängerin entflammmt, bietet letzterer seine Hand an, welche aber von der berühmten Sängerin in so lange abgelehnt wird, bis sie ihren Vater eruiert haben wird. Ein alter Autographensammler sieht sich der Sängerin, bittet sie um eigenhändige Eintragung einiger Worte in sein Album, entpuppt sich zufällig als Vater der schwedischen Nachtigall und segnet schließlich den Eh-bund seiner Tochter mit dem edlen jugendlichen, feurigen Magnaten. Das aus Anlaß des Casinoballes sehr schwach besuchte Haus war mit dem gestrigen Theaterabend zufrieden; von Seite der Theaterkasse wird wohl das Gegenteil anzunehmen sein.

(Notiz für Cigarrenraucher.) Ueber die Frage, welches Alter die Cigarre haben müsse, um mit Genuss brauchbar zu sein, schreibt der „Boston-Spectator“: Die Cubaner lieben eine frische Cigarre. Die Arbeiter rauchen die Cigarre sofort nach der Fabrication. Wenn man einen gewissen wohlbekannten und wegen seiner Havana-Cigarren berühmten Cigarrenladen in New-York besucht und dort eine Cigarre kauft, wird der Cubaner zuvörderst mit großer Bedächtigkeit die Cigarre an sein Ohr halten. Fragt man ihn, weshalb er dies thue, so antwortet er: „um zu sehen, oder besser gesagt, zu hören, welchen Grad von Trockenheit sie besitzt. Wenn zu trocken, wird sie krachen. Eine frische Cigarre ist weich und macht

kein Geräusch.“ Bei unserem Klima genügen zwei bis drei Wochen, um der Cigarre die benötigte Trockenheit zu geben, eine längere Zeit macht sie nicht besser.

— (Schlußverhandlungen beim f. f. Landesgerichte Laibach.) Am 18. Jänner 1872: Franz Krašovec und Franz Gliha: Betrug. Am 19. Jänner: Johann Pfeistow: schwere körperliche Beschädigung; Andreas Praprotnik: schwere körperliche Beschädigung; Mathäus Slapnik und vier Genossen: schwere körperliche Beschädigung.

### Gingesendet.

#### Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalescière Du Barry von London.

Seitdem Seine Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der delicates Revalescière du Barry glücklich wieder hergestellt und viele Ärzte und Hospitäler die Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Kraft dieser kostlichen Heilnahrung bezweifeln und führen wir folgende Krankheiten an, die sie ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten besiegt: Magen-, Nieren-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Krcenleiden, Tuberkulose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindsucht, Blut-aufsteigen, Ohrenbrausen, Übelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes Melancholie, Abergärtung, Rheumatismus, Sicht, Bleichfucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 71814.

Crosne, Seine und Oise, Frankreich, 24. März 1868. Herr Richy, Steuereinnehmer, lag an der Schwindsucht auf dem Sterbebette und hatte bereits die letzten Sacramente genommen, weil die ersten Ärzte ihm nur noch wenige Tage Leben verprophetaßen. Ich riet der Revalescière du Barry zu versuchen, und diese hat den glücklichen Erfolg gehabt, so daß der Mann in wenigen Wochen seine Geschäfte wieder besorgen konnte und sich vollkommen hergestellt fühlte. Da ich selbst so viel Gutes von Ihrer Revalescière genossen habe, so füge ich gerne diesem Bogen meine Namen bei.

Schwester St. Lambert.

Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von  $\frac{1}{2}$  Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalescière Chocolaté in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Mahr, in Marburg f. Kolletting, in Altenburg P. Birnbacher, in Graz Gebrüder Oberanzmayr, in Innsbruck Diechtl & Frankl, in Linz Haselmayer, in Pest Török, in Prag J. Fürst, in Brünn f. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Spezereihändlern; auch verfündet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

### Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung“.)

**Wien, 17. Jänner.** Der Reichsrath wählte in den Verfassungsausschuß: Coronini, Eichhoff, Für, Kaiser, Pickert, Schaub, Knobloch, Kuranda, Nechbauer, Breitl, Demel, Bees, Zybliewicz, Wodzicki, Czerkawski, Czerni, Groß, Waldert, Weeber, Dinstl, Lamberg, Giskra, Herbst, Wolfrum, Thurn, Baillner, Grocholski, Pino, Tomasezio und Janowicz; der Verfassungsausschuß wählte Berger zum Obmann und Groß zu dessen Stellvertreter. In den Club der Verfassungspartei sind bisher 88 Mitglieder eingetreten, ohne die Minister, welche mit dem Club fortwährend im Contacte bleiben.

**Wien, 17. Jänner.** Reichsrath. Herbst begründet den Antrag auf die Wahl eines Verfassungsausschusses mit Hinweis auf die angekündigten Gesetzentwürfe und den bereits eingebrochenen galizischen Resolutionsantrag. Das Haus genehmigt die Wahl eines 30gliedrigen Verfassungsausschusses, welchem über Antrag Zybliewicz' der galizische Resolutionsantrag zugewiesen wird. Die Sitzung dauert fort.

**Börsenbericht.** Wien, 16. Jänner. Die Börse war ungeachtet stattdiindender Realisirungen doch auf den meisten Wertpapieren regsam und entwickelte sich immer mehr im günstigen österreichischen Baugefeschäft gesucht.

#### A. Allgemeine Staatschuld.

für 100 fl.

Geld Waare

Einheitliche Staatschuld zu 5 p.C.

in Noten verzinst. Mai-November 63 — 63.10

" " Februar-August 63 — 63.10

" " Silber " Jänner-Juli 73 — 73.20

" " April-October 73 — 73.20

Lose v. J. 1839 317 — 318 —

1854 (4%) zu 250 fl. 96 — 96.50

" " 1860 zu 500 fl. 108 — 108.25

" " 1860 zu 100 fl. 130 — 132 —

" " 1864 zu 100 fl. 149 — 149.25

Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. d. W. in Silber 121.50 122 —

B. Grundentlastungs-Obligationen.

für 100 fl.

Geld Waare

Böhmen . . . zu 5 p.C. 97.50 98 —

Galizien . . . " 5 — 75 — 75.50

Nieder-Oesterreich . . . " 5 — 95 — 96 —

Ober-Oesterreich . . . " 5 — 93 — 94 —

Siebenbürgen . . . " 5 — 78 — 79 —

Steiermark . . . " 5 — 90 — 91 —

Ungarn . . . " 5 — 80.25 81 —

C. Andere öffentliche Anleihen.

Donauregulierungslöse zu 5 p.C. 97 — 97.50

U. g. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.

d. W. Silber 5% pr. Stift 110.75 111.25

ung. Prämienanleihen zu 100 fl.

d. W. (75 fl. Einzahl.) pr. Stift 110 — 110.25

#### Wiener Communalanleihen, rück. Geld Waare

zahlbar 5 p.C. für 100 fl. . . . 87.90 88.10

#### D. Aktien von Bankinstituten.

Geld Waare

Anglo-Öster. Bank . . . . . 339.25 339.75

Bankverein . . . . . 315 — 317 —

Boden-Creditanstalt . . . . .

Creditanstalt f. Handel u. Gew. . . . . 345.50 345.80

Creditanstalt, allgem. ungar. . . . . 132 — 132.50

Escompte-Gesellschaft, u. s. . . . . 1002. 1005.

Francs-Öster. Bank . . . . . 139.50 139.75

Generalsbank . . . . .

Handelsbank . . . . .

Nationalbank . . . . . 892 — 894 —

Unionbank . . . . . 297.75 298 —

Vereinsbank . . . . . 118.50 119 —

Berehrsbank . . . . . 195 — 196 —

#### E. Aktien von Transportunternehmungen.

Geld Waare

Alsfeld-Hümmerer Bahn . . . . . 184 — 185 —

Böh. Westbahn . . . . .

Carl-Ludwig-Bahn . . . . . 260 — 260.25

Donau-Dampfschiff. Gesellsch. . . . . 647 — 649 —

Elisabeth-Westbahn . . . . . 246 — 246.50

Elisabeth-Westbahn (Linz-Bud-weißer Strecke) . . . . . 213.25 213.75

Ferdinands-Nordbahn . . . . . 2235 — 2240 —

Fürstlich-Habsb. Bahn . . . . . 181 — 181.50

Prag, 16. Jänner. Der „Tagesbote“ meldet, daß der Eindruck der Adress-Debatte, insbesondere der Erklärung des Minister-Präsidenten, ein ermutigender sei. Das Ministerium solle die Wahlreform nicht hinausschieben.

Agram, 16. Jänner. Der croatische Landtag hat sich unter Vorsitz seines Alterspräsidenten, des Bischofs Kralj, behufs Verfiscirung der Wahlmandate in 5 Sectionen getheilt und hierauf bis zur Vorlage der Verfiscirungs-Operate vertagt.

#### Telegraphischer Wechselkours

vom 17. Jänner.

Sperr. Metalliques 62.90. — Sperr. Metalliques mit Mol und November-Zinsen 62.90. — Sperr. National-Anlehen 72.90. — 1860er Staats-Anlehen 108.50. — Bank-Aktionen 898. — Credit-Aktionen 345.80. — London 115.60. — Silber 114.25. — R. f. Münz-Ducaten 5.48. — Napoleon's 9.16.

### Handel und Volkswirthschaftliches.

#### Verlosung.

(Fürst Salomon-Loose.) Bei der letzten Verlosung fiel der Hauptpreis mit 40 000 Gulden auf Nr. 67051, der zweite Preisträger mit 4000 Gulden auf Nr. 30225 und der dritte Preisträger mit 2000 Gulden auf Nr. 69080. Ferner gewinnen: je 400 Gulden: Nr. 33666 und 96879; je 200 Gulden: Nr. 32505 51519 71817 und 87331; je 120 Gulden: 5535 5553 6765 21760 25967 46978 60043 und 99366; je 100 Gulden: Nr. 12583 13127 29242 33467 33934 47870 60236 71483 79658 88721 91402 91758 und 96427.

Laibach, 17. Jänner. Auf dem heutigen Markt sind erschienen: 9 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 48 fl., Stroh 22 fl.), 2 Wagen und 2 Schiffe (16 Klafter) mit Holz.

#### Durchschnitts-Preise.

	Mitt. fl. fr.	Mitt. fl. fr.		Mitt. fl. fr.	Mitt. fl. fr.
Weizen pr. Meilen	6.60	7.40	Butter pr. Pfund	— 40 —	
Korn-Saat "	4.40	4.63	Eier pr. Stück	— 2½ —	
Gesle "</					